

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



S. Leutenegger Oberholzer
Postfach 126
Im Baumgarten 1
CH – 4302 Augst
Tel. +41 61 - 462 22 10
slo@bluewin.ch

Bern, 29. September 2017

Herbstsession 2017: Ein „Secondo“ wird Bundesrat

Liebe politisch interessierte Kolleginnen und Kollegen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Altersvorsorge 2020 wurde durch SVP und FDP mit den Deutschschweizer Arbeitgeberverbänden, aber auch mit Hilfe von „linken“ Gruppierungen vor allem in der Romandie und der Zeitschrift „K-Tipp“ von Volk und Ständen knapp versenkt. Eine verpasste Chance zu einer tragfähigen Reform der Altersvorsorge. Klar ist wie die Analysen zeigen: Ohne Frauen ist eine Reform in der Altersvorsorge nicht möglich. Ohne die SP und die Gewerkschaften auch nicht. Nach dem Nein sind nun FDP und SVP in der Verantwortung, eine tragfähige Vorlage zu präsentieren. Derzeit irrlichtern sie ohne konkrete Vorstellungen im Bundeshaus. Wir bleiben dran!

Erste Woche: Finanzdienstleistungsgesetz alle Zähne gezogen

1. Auch der Nationalrat lässt geschädigte KleinanlegerInnen im Stich, titelte der Tagesanzeiger nach der Debatte im Nationalrat zum **Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg)**. Nach der Finanzkrise wurde lauthals versprochen, den Schutz der kleinen Kundinnen und Kunden auszubauen. Inzwischen haben der Stände- und nun auch der Nationalrat dem Gesetz praktisch alle Zähne gezogen. Es sind neu sogar rechtlich unhaltbare Bestimmungen im Gesetz wie die Aushebelung des Zivilrechts (v.a. Auftragsrecht im OR) durch das Aufsichtsrecht (im Fidleg).

2. Nachdem **die Initiative zum Schutz der Privatsphäre** (Steuerhinterzieher-Initiative) und der direkte Gegenvorschlag im Ständerat zu Recht keine Unterstützung fanden, ging die Zwängerei im Nationalrat weiter. Er hält am Gegenvorschlag zur Initiative fest, um den InitiantInnen den Rückzug der Initiative gesichtswahrend zu ermöglichen. Darunter ist neben dem Initianten Thomas Matter, SVP, viel Prominenz von CVP (Gerhard Pfister) und FDP (Petra Gössi, Gabi Huber). Auch der Gegenvorschlag ist untauglich, zementiert er doch geltendes Recht auf Verfassungsstufe. Jetzt wollen sich die InitiantInnen eine Hintertüre zum Rückzug öffnen und zwar mit



dem Verzicht auf eine Revision des Steuerstrafrechts, die noch von Frau Widmer-Schlumpf eingeleitet worden war. Die Frist zur Behandlung der Initiative im Parlament endet am 25. März 2018. Das teure Verwirrspiel um eine untragbare Initiative der SVP dreht somit noch einige Runden weiter.

3. Die Abzockerei muss auch beim Bund gestoppt werden. Deshalb hat der Nationalrat meine Parlamentarische Initiative für einen **Lohndeckel bei den Chefs und Chefinnen der bundesnahen Unternehmen** einstimmig gutgeheissen. Was macht nun der Ständerat damit? Versenkt er auch diese gute Sache wie bereits mein Begehren, dass die ParlamentarierInnen wie alle BürgerInnen alle ihre Bezüge zu versteuern haben? Und das gar noch mit Hilfe von Genossen? Schade wär's. Unverständlich ist auch die Ablehnung der Forderung nach Namenslisten bei allen Abstimmungen im Ständerat.

4. Die **No-Billag-Initiative** ist nicht nur schlecht formuliert, sie ist auch schädlich für die TV-Radio-Versorgung in allen Rand- und Sprachregionen der Schweiz wie auch für viele Kulturprojekte. Die Debatte auch der gegnerischen Seite hinterliess trotzdem einen schalen Nachgeschmack. Es fehlte vielfach jede kritische Distanz zur SRG, die von der CVP politisch dominiert wird bis hinein in den Bundesrat. Es überwiegt wohl die Angst, in der Folge mit geringerer Radio- und Fernseh-Präsenz abgestraft zu werden.

Zweite Woche: Wo bleiben die Tessinerinnen?

5. Die Frauen verlangen einen weiteren Sitz im **Bundesrat**. Zu Recht. Vorbereitet haben sie für die Ersatzwahlen von Didier Burkhalter nichts. Jammern im Nachhinein nutzt nichts. Wenn die Frauen machtpolitisch etwas zu sagen haben wollen, müssen sie sich früher und besser organisieren. Und es braucht Kandidatinnen, die wollen. Erinnern wir uns an die Wahl von Francis Matthey anstelle von Christiane Brunner. Zehntausend Frauen protestierten auf dem Bundesplatz. Das machte Peter Bodenmann und André Daguët klar: Es geht nicht ohne Frau als SP-Kandidatin. Das Resultat ist bekannt. Matthey musste verzichten. Ruth Dreifuss wurde Bundesrätin. Anders jetzt. Keine Tessinerin stellte sich der Wahl. Isabelle Moret hat sich zu spät entschieden. Das Resultat: **Ignazio Cassis** wurde bereits im zweiten Wahlgang gewählt. Gratulation.

6. Die **Knebelverträge von Booking.com**, der Buchungsplattformen für Hotels, werden gelockert. Mit einer Motion des Ständerats sprach sich auch der Nationalrat gegen ein Verbot von tieferen Hotelpreisen auf den hoteleigenen Webseiten aus. Bleibt zu hoffen, dass die Kundinnen und Kunden schliesslich von tieferen Zimmerpreisen profitieren. Leider wurden in diesem Umzug die Vermittlungstarife von Booking.com nicht beschränkt. In der Schweiz verlangt Booking.com im Durchschnitt eine Vermittlungsgebühr von etwa 13 Prozent des vermittelten Umsatzes. Der Preisüberwacher hatte eine Senkung der Gebühren auf acht bis neun Prozent vorgeschlagen.

7. Keine Chance hatte im Nationalrat die **Rasa-Initiative**. Die Initiative will den Zuwanderungsartikel 121a wieder aus der Verfassung kippen. Das Parlament wollte nicht „Raus aus der Sackgasse“ und lehnte auch die Gegenvorschläge ab. Die Initiative wurde mit 125 zu 17 Stimmen bei 50 Enthaltungen (Viele Stimmen von SP und Grünen) abgelehnt. Ich habe ihr schlussendlich zugestimmt.



Dritte Woche: Der erweiterte AIA kommt

8. Die Schweiz ist ein Agrarland, möchte man - gemessen an den vielen Initiativen und Gegenvorschlägen zur Landwirtschaft - meinen. Nachdem der neue Verfassungsartikel zur **Ernährungssicherheit** ohne Opposition bei Volk und Ständen eine breite Zustimmung fand, kommt nun noch die **Fair Food Initiative** der Grünen. Weitere Volksbegehren sind in der Pipeline. Die Grünen-Initiative macht falsche Versprechungen. Wer wollte nicht gesunde Lebensmittel? Als konkrete Durchsetzungsinstrumente drohen Importbeschränkungen oder gar -verbote. Ich will mir aber den Speisezettel auch nicht von den Grünen vorschreiben lassen. Wirksamer wird die Initiative „**für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz**“, die derzeit gesammelt wird. Diese Initiative würde die Schweizer Landwirtschaftspolitik revolutionieren.

9. Seit Jahren kämpfen ich und die SP an vorderster Front gegen das **Steuerhinterziehergeheimnis**. Endlich setzt sich international der **Automatische Informationsaustausch** in Steuersache global durch. In der Herbstsession ging es um die Ausdehnung des AIA auf 41 weitere Staaten. Die SVP versuchte aus durchsichtigen Gründen mit allen Mitteln, das Geschäft zu hintertreiben, damit es nicht mehr rechtzeitig auf 2018 in Kraft gesetzt werden kann. Der Schutz von Steuerhinterziehern wurde auch in den Medien von einem unehrlichen Menschenrechtsdiskurs verdeckt. Die WAK hat nun mit einem ausgebauten Prüfmechanismus vor dem Austausch der Steuerdaten und einem ausgebauten Rechtsschutz allen Bedenken Rechnung getragen. Der AIA kann damit auf weitere 39 Staaten (inklusive Russland, Indien und China) ausgedehnt werden. Neuseeland wurde aufgrund von Sozialversicherungsproblemen zurückgewiesen. Den AIA mit Saudi-Arabien haben die Bürgerlichen unter Führung der SVP versenkt. Jetzt ist der Ständerat an der Reihe.

10. Das **Geldspielgesetz** durchlief die Einigungskonferenz. Darin verankert ist das Verbot von Online-Anbietern in unkontrollierbaren Destinationen. In Sachen Besteuerung der Lotteriegewinne endet es mit meiner mittleren Unzufriedenheit. Der Bundesrat wollte aus unverständlichen Gründen die Lottogewinne neu nicht mehr besteuern. Der Kompromiss lautet nun auf eine Besteuerung ab einem Gewinn von 1 Million Franken. Die SP wollte ab einem Gewinn von Fr. 10 000 mit den Steuern einsetzen. Leider vergeblich.

Kurz vor Schluss der Herbstsession lud der Kanton Tessin zur Feier seines neuen Bundesrats Ignazio Cassis. Ich gehe in der 1. Oktoberwoche mit Eric Nussbaumer und weiteren Genossinnen und Genossen nach Strassburg auf die Spurensuche einer konkreteren EU-Politik der SP. In der zweiten Hälfte Oktober 2017 beginnen wir in der WAK mit der Beratung des öffentlichen Beschaffungsgesetzes. Ein weiteres Thema ist die Vollgeld-Initiative. Die Arbeit geht uns nicht aus.

Nun wünsche ich allen noch schöne Herbsttage mit vielen erholsamen Wanderungen und grüsse herzlich,

Susanne Leutenegger Oberholzer